

Der Abgleich im Kopie des Wieders ist nicht von gehern auf heute entstanden; es liegt die Annahme außerordentlich nahe, daß man es mit einem Unzurechnungsfähigen zu tun hat, der schon vor seiner Erkrankung unzurechnungsfähig war. Es widerspricht schon dem geltenden Recht, einen Unzurechnungsfähigen hingerichtet zu werden, wenn der Angeklagte ein mangelhaftes Erkenntnis hat, aber das Verfahren vollends nicht verstehen. Der Richter vor dem Wortfalle ist begrifflich und beschränkt, und es mag auch begrifflich erweisen, wenn das Empfinden der großen Masse des Volkes nach Verurteilung ruht. Es ist daher die Aufgabe der Wissenschaft, dem Volke ihre höheren Erkenntnisse zu vermitteln und es zu einer geläuterten Auffassung von den Aufgaben der Rechtspflege zu erziehen, die nicht mehr in der rohen Vergeltung zu finden sind.

Ein Justizirrtum und seine Folgen. Der Verf. Volkszsg. wird aus Gera gedehnt: Der Gewermeister Brehm aus Saalburg, der j. Bz. vom hiesigen Schwurgericht unschuldig zu 5 Jahren Zuchthaus und 4 Jahren Ehrverlust verurteilt wurde und dadurch finanziell zu Grunde ging, hatte nach Verhängung von 3 1/2 Jahren im Zuchthaus Gefangenentum im Wiedererwerbungsverfahren Ende 1899 seine Freiheitsurteil erlangt. Es wurden ihm damals für den erlittenen Zuchthausstrafe 8 Mark Entschädigung angeboten, die Brehm jedoch ablehnte, weil er sein Vermögen wieder haben wollte. Brehm war an seinem jetzigen Wohnorte anfänglich in die Wählerliste eingetragen, später jedoch mit dem Vermerk „Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte“ wieder gestrichen worden. Trotzdem nun Brehm sich sofort an die Staatsanwaltschaft Gera wandte und ihm auch zugestanden wurde, daß für ihn kein Ehrenverlust mehr bestehe, ist er jedoch mit Bewauern abgewiesen worden, weil die Wählerlisten abgeschlossen seien!

Die Reinigung des Kammergerichts. Die Frankfurter Zeitung schreibt:

Die Vernehmung des Kammergerichtsrats Habenstein aus dem Straßens des Kammergerichts in den verhängten Zivilsitzung bringt die Hoff. Ztg. von neuem zur Sprache. Sie deutet an, daß verschiedene hohe Ministerielle Vorstellungen über die wiederholte Entschädigung des Straßens gegen die Gültigkeit von Polizeiverordnungen gemacht haben, daß der Präsident des Kammergerichts, Herrlicher, den Rat v. Demmling in der Verhandlung an sich jene Vorstellungen hingewiesen hat und daß er mit dem Hinweis auf diese Vorstellungen die Vernehmung des Herrn Habenstein befürwortete. Der Justizminister habe bekanntlich im Abgeordnetenhaus einen solchen Zusammenhang betritten. Derartige Zustände nennt man „Unabhängigkeit des Richterstandes“.

Eine Verurteilung wegen unbilliger Anstufung. In einer Strafverurteilung zu München ist einem gewissen Verdräter von Geschäftsfrankheiten das Handverlo auf einige Zeit gelegt worden. Der ehemalige Polizeibeamte Ferdinand Nagel lernte ein unbesorgtes Zimmermädchen kennen und überredete sie unter dem Verprechen, daß ihr gewiss „nichts passiere“, auf sein Zimmer zu kommen. Dort kam es zu intimer Verkehr, der von Nagel provoziert wurde, obwohl er wußte, daß er an Gonorrhoe und Syphilis erkrankt und nicht geheilt war. Das Mädchen erkrankte darauf sehr schwer und stellte auf Veranlassung von Verwandten Strafantrag wegen Körperverletzung, dem das Landgericht stattgab. In der Verhandlung wußt W. nicht gewußt haben, daß er noch krank sei und stellt die Anstufung als eine rein zufällige dar. Durch die Aussage des Nagel und der Sachverständigen wird er aber des Gegenteils überführt. Das Gericht nahm zu seinen Gunsten nur schuldige Körperverletzung an und verurteilte ihn zu einer Gefängnisstrafe von 5 Monaten. Diese Entscheidung ist von prinzipieller Bedeutung.

Einem kleinen Meißel. Hat die Kaiser-Regierung in den Reichstagen erlassen. Der französische General Normy, ein Offizier, wollte seinen alten Vater im Elbfeld besuchen. Die Behörden des Reichslandes verbot ihm aber die Erlaubnis. Der General hat daher ganz einfach ein Zusammenreffen mit seinem Vater auf höchstem Boden in Neßl zu hande gebracht. Sein hochbetagter Vater kam per Wagen nach Neßl. Nach dem Zusammenreffen feierte der General nach Oldenburg zurück.

Ausland.

Oesterreich. Ein „Attentäter“. Der unglückliche Geisteskranke Jakob Reich, der nach dem Wagn des Kaisers Franz Josef geschossen hat, — die bürgerliche Presse wußte von einem Dolch-Attentat zu erzählen — wurde in der Wiener Landes-trennanstalt einer Untersuchung unterzogen und wird jetzt in die galizische Landesanstalt zu liegendem Aufenthalt gebracht werden. Die Untersuchung ergab, daß Reich, der einen Wasserlopf hat, an fortwährender Paralyse und seit dem Jahre 1902 an stetig zunehmender Geistesstörung und Wahnsinn, namentlich Verfolgungswahn leidet.

— Ein Fall Kroiat. Der Hauptmann Kaus vom 47. Infanterie-Regiment, welcher mit seiner Kompanie gegen die aufständischen Bauern in Kroatien zu operieren hatte, wurde, während er Feuer kommandierte, von rüchmüßigen durch eigene Mannschaften erschossen. Man glaubt, daß es sich um einen Mordanschlag handelt, da der Hauptmann außerst freigewar.

Frankreich. Kungehen gegen die Odens-Gesellschaften kamen am Sonntag in Lille vor, und wurde dabei ein Polizeigang getötet.

— Die Drey'skassette. Jaures hielt in Paris einen Vortrag über die Drey'skassette. Er stellte fest, daß nach dem Gesandtschaften Bericht das Kriegsministerium Schliche gebraucht habe, um zu verhindern, daß die Wahrheit mit ihren Folgen an den Tag komme. Der Brief des Generals Pellieux, der von Dreyen ohne Ehre spricht, rihte sich nicht nur gegen Henry, sondern auch gegen den Generalstab. Außerdem lenkte Jaures die Aufmerksamkeit der Zuhörer auf die wichtige Rolle, welche das deutsche Vorderau gespielt habe. Jaures erklärte, als neue Tatsache bestünde ebenfalls die Aussage des Grafen Witouta in einem Briefe an Josef Reichard. Dies sowie das falsche Vorderau gibe als Folge die Reaktion des Urteils von Rennes nach sich. Außerdem seien die Zeugenaussagen Merciers verdächtig, da Mercier der fingierte Hauptmann war, der die Legende des falschen Zeugens verdrückte. Auch diese Tatsache erzeuge eine Meinung des Drey'skassette.

— Trennung von Staat und Kirche. Die Kammer hat am Freitag eine Kommission von 83 Mitgliedern gewählt, der der Auftrag ist, die verschiedenen Gegenstände ber. die Trennung von Staat und Kirche zu beraten. Die Kommission führt 17 Freunde der Trennung, 15 Gegner derselben und 1 Mitglied, das im Prinzip für die Trennung ist, die Entscheidung aber einem Weiterab überlassen wissen will.

Italien. Rücktritt des Ministeriums. Die Anklagen der Subversiven gegen den Marineminister haben, obwohl sie mit einem „Erfolg“ des Kabinetts endeten, zum Sturz der Regierung geführt.

In der Kammer teilte Ministerpräsident Zanardelli dem Hause mit, daß das Ministerium dem Könige sein Entlassungsgesuch eingereicht habe. Der König habe sich die Entscheidung vorbehalten. Das Ministerium bleibe in seiner Stellung, um die Aufrechterhaltung der Ruhe und den regelmäßigen Geschäftsgang zu sichern.

Zur Reichstagswahl.

Die Landtagsabgeordneten als Reichstagskandidaten. Die Zahl der Reichstagsneulinge dürfte in der nächsten Legislaturperiode groß sein; nicht so groß aber die Zahl der parlamentarischen Neulinge; haben sich doch sehr viele Kandidaten bereits in den Einzellandtagen die parlamentarischen Ehren verdient. Im verflochtenen Reichstage saßen am Ende der Legislaturperiode 202 (d. h. über 60 Prozent) Mitglieder von einseitig landtagsmäßigen Abgeordneten. Davon gehörten an: dem preussischen Abgeordnetenhaus 117, dem bairischen Reichstag 2, der bairischen Abgeordnetenversammlung 26, der sächsischen 1. Kammer 1, der sächsischen 2. Kammer 2, der württembergischen 1. Kammer 1 (Verzog von Ulf), zugleich Mitglied des preussischen Herrenhauses), der württembergischen 2. Kammer 8, der bairischen 2. Kammer 6, dem weimariischen Landtage 2, dem braunschweigischen, altenburgischen, gothaischen, anhaltinischen, sondershäusern, lipvischen Landtage je 2, dem bremischen und hamburgischen Bürgerrecht je 2, dem elsäß-lothringischen Landesausschuß 6. Zum neuen Reichstag kandidieren 291 Landtagsabgeordnete. Davon gehören den verschiedenen Parteien an: Deutschfortschrittliche und Reichspartei 63, Bund der Landwirte 6, bairischer Bauernbund 5, Antiklerikale 6, Zentrum 84, Polen 6, Elbisch-Preussische 4, Süddeutsche Volkspartei 8, Frei. Volkspartei 19, Frei. Vereinigung 9, National-liberale 50, Sozialdemokraten 31, Junks 291.

Sozialistenberührung auf Staatsföhen. Vor einigen Tagen ist festgestellt worden, daß staatliche Behörden in Anhalt die Schmirreier Fräntel-Bürgers über die Sozialdemokratie aus öffentlichen Mitleiden verbreiten. Der anhaltinische Vergrat jagt aber nicht der einzige Säuber zu sein.

Auf einem Berliner Bahnhofs wurde am Mittwoch nachmittags durch einen Bureaudienste der Reichsliste an alle Eisenbahndienstleistungen verteilt. Jedes Exemplar trug bereits den Namen des Empfängers und alle mußten über den Empfang quittieren!

Frage: Bezaht Herr Budde diese „Aufklärung“ aus seiner eigenen Laide oder hat die Firma Löwe ihren früheren „jungen Mann“ aus alter Unfähigkeit ein paar Zentner der Makulatur gesteckt? Oder hat gar etwa der Zentralverband wieder 12000 M. zur Verbreitung gestiftet wie einst in der Sendung Mainblüte des Grafen Poldowski?

Selbst wenn die Geldmittel auf privatem Wege beschafft sein sollten — und nicht aus den Tägeln der Steuerzahler wie in Anhalt — kann es verantwortlich werden, daß eine staatliche Behörde in dieser Weise ihre Arbeiter bearbeitet? Allerdings ist gerade diese „Aufklärungsschrift“ nur geeignet, die Bahn-Proleten zur Lesüre sozialdemokratischer Schriften anzuregen!

Auch Vandräte haben die Schrift in großer Zahl bezogen. So erfahren wir aus einem vom Hamburger Echo mitgeteilten Vortragsbericht des Geschäftsführers Franzke, des Herrn König:

Auf Veranlassung des Herrn Amtsbüchlers Geissen in der Grönländische ich mich, Ihnen festzuhalten die Deutschen, betreffend die Sozialdemokratie der bürgerlichen Schicht gegen die Sozialdemokratie zu überreden. Ich darf hierbei darauf aufmerksam machen, daß in vielen Wahlkreisen die erforderlichen Mittel aufgebracht worden sind, um sämtlichen Wahlberechtigten je ein Exemplar zuzustellen, so daß die Auflage bereits die Höhe von 2 Millionen Exemplaren überschritten hat und die Verbreitung einer weiteren Million schon jetzt als gesichert bezeichnet werden darf. Für den Wahlkreis Lauenburg, der zur Zeit 14000 Wahlberechtigte zählt, sind bereits 3000 Exemplare seitens des Herrn Vandrates v. Bülow bezogen worden. Es würde aber offenbar von großem Werte sein, wenn auch die bis jetzt noch nicht bezogenen 11000 Wahlberechtigten die Prospektive erhielten. Nur durch eine lässellose Verteilung kann ein durchgreifender Erfolg herbeigeführt werden. Auch in Orten, die bisher wenig oder gar keine Stimmen für die Sozialdemokratie aufgebracht haben, könnte es diesmal vielleicht anders kommen, und auch solche Wähler, die von sozialdemokratischen Anhängern meist entzweit sind, müssen mit dem nötigen Material ausgerüstet werden, um im täglichen Verkehr, am Wirtschaftlichen u. s. w. der niemals verkündenden sozialistischen Propaganda entgegenzutreten zu können.

Auch hier ist die Frage aufzuwerfen: Hat der Landrat von Bülow die Wische aus eigenen Mitteln erworben oder wer hat ihm die Mittel zur Verfügung gestellt? Ähnliche Verbreitung liegt in jedem Falle auch hier vor!

Die militaristische Revolution in Serbien.

Zu den Vorgängen in Belgrad liegen nachfolgende Meldungen vor. Der Präsident des Senates Marinkowitsch hat seine Entlassung nachgehakt. Es werden alle möglichen Verfeinerungen getroffen, damit die Wahl des Prinzen Karageorgewitsch einstimmig erfolgt. Inzwischen wird dem letzteren eine demokratische Umänderung der Verfassung zur Bedingung gemacht werden. In der Studentenaktion macht sich eine harte republikanische Strömung bemerkbar, und man besüchtigt Demonstrationen von dieser Seite beim Zusammenritt der Studientina. Unter den Ministern sollen die Differenzen andauern, einer trauet dem andern nicht, jeder arbeitet im geheimen für seine eigenen Pläne.

Die Anstöße ergab beim König Alexander angeblich Abnormitäten im Gehirn, so daß nach einigen Jahren mehrheitlich Weistestörung eingetreten wäre. Bei der Inventur wurde ein kompromittierendes Briefwechsel zwischen Draga und dem früheren Finanzminister Woposki entdeckt; der letztere wird wahrscheinlich verhaftet werden. — In Semendria, der Sommerresidenz des Königspaars, wo die Bevölkerung von dem Aufenthalt des Königs großen Nutzen hatte, kam es zu Demonstrationen gegen die Armee und die provisorische Regierung. — Der Nachlaß der Königin Draga soll im Geheimen zu übertriebenen Gerüchten 900000 Francs betragen, auch Alexander's Nachlaß ist unbedeutend. Ein Oberlieutenant, der das Komplot verriet, wollte, hat sich entzweit, ein Zentrum wurde begründet.

Nach einer weiteren Meldung aus Belgrad herrscht dort eine wahre Schreckensherrschaft, alle Personen, welche verdächtig sind, mit der neuen Ordnung der Dinge nicht einverstanden zu sein, werden verhaftet oder polizeilich überwacht. Aus Furcht vor republikanischen Demonstrationen sollen die Studenten interniert werden.

Die Wahlausichten der Sozialdemokratie im Regierungsbezirk Merseburg.

(Schluß.)

5. Kreis: Mansfeld:
Sozialdem. 2899 oder 11,6 Proz. der abgeg. St.
Freiw. 2307
Freikonv. 18210

Entwicklung der Sozialdemokratie:

	1890	1893	1898
Eisleben	241	462	269
Gerstebitz	16	83	70
Strehla	197	181	157
Strehla mit Rittergut	21	44	51
Strehla mit Rittergut	110	143	141
Mansfeld	21	26	39
Wilsdorf	105	38	122

Im ganzen Wahlkreise 2822 2710 2690

Die diesmaligen Kandidaten:
Geleitw. Wih. Große-Galle für die Sozialdemokratie,
Dr. Trendl (freikonv.),
Eugen Richter (frei).

6. Kreis: Sangerhausen-Gharzberga:

Sozialdem. 3805 oder 22,5 Proz. der abgeg. St.
Freiw. 2176
Freikonv. 3903
Freikonv. 7643

Stichwahl:
Freikonv. 10419
Sozialdem. 6709

Entwicklung der Sozialdemokratie:

	1890	1893	1898	Stichwahl
Sangerhausen	750	719	905	1050
Stolberg	20	95	130	146
Artern mit Saline	44	201	206	404
Bergringen	35	147	93	181
Gharzberga	64	52	212	261
Strehla	0	13	54	139
Strehla	1	17	73	228
Strehla	11	13	152	150
Wiche	1	1	64	57

Im ganzen Wahlkreise 2396 3361 3805 6709

Die diesmaligen Kandidaten:
Sangerhausener-Vereinsführer Simon-Rürnberg
für die Sozialdemokratie,
Karlfaust Maßbach-Wagbeurg (frei),
Hans Stöckel (nat.-lib.),
Hintergutsbesitzer Thiere (freikonv.),
Hintergutsbesitzer v. Hodelschwingh, Bund der Landwirte.

7. Kreis: Merseburg-Querfurt:

Sozialdem. 6274 oder 20,9 Proz. der abgeg. St.
Freiw. 6572
Freikonv. 10476

Stichwahl:

Freiw. 12623
Freikonv. 11316

Die Entwicklung der Sozialdemokratie:

	1890	1893	1898
Merseburg	948	988	1203
Landskron	68	134	92
Lützen	149	205	180
Scharfshausen	28	89	120
Scharfshausen	231	390	492
Querfurt	355	285	249
Freiburg	53	108	167
Nandau	32	26	50
Neuba	41	113	149

Im ganzen Wahlkreise 4088 5002 6274

Die diesmaligen Kandidaten:
Geschäftsführer Otto Wittig-Merseburg für die Sozialdemokratie,
Sekretär Fischer-Berlin (frei),
Feuer-Soz.-Dir. Winkler (konv.)

8. Kreis: Zeitz-Weißenfels:

Sozialdem. 18262 oder 47,1 Proz. der abgeg. Stimmen
Freiw. 8656
Freikonv. 11641

Stichwahl:

Sozialdem. 15794
Freiw. 15488

Entwicklung der Sozialdemokratie:

	1890	Stichwahl	1893	Stichwahl	1898	Stichwahl
Zeitz	2181	2506	2326	2586	2709	3055
Dorf-Aue-Weißdorf	178	198	188	201	192	219
Angersdorf	123	133	123	134	133	138
Mosberg	108	110	123	133	123	132
Weißenfels	1349	2143	1532	1803	2158	2487
Wormschütz	262	332	264	316	302	348
Dietrich	111	127	113	112	114	125
Gröden	78	104	63	85	37	63
Zeitz	32	54	34	94	72	86
Zeitz	372	663	656	727	696	784
Zeitz	642	1219	881	1074	1037	1339
Zeitz	17	84	72	109	75	133

Im ganzen Wahlkreise 10563 19092 11716 18120 18622 16794

Bei je 100 abgegebenen Stimmen erhielt die Sozialdemokratie 1881, 1882, 20, 1887, 21, 1890, 37,4, 1893, 40, 1898, 46,3 (Stichw. 50,4).

Die diesmaligen Kandidaten:
Redakteur W. Thiele-Volle für die Sozialdemokratie,
Hintergutsbesitzer Dippel-Blötha (nat.-lib.),
Amtsgerichtsrat Zwiemann-Freiburg (konv.)

Arbeiter-Sekretariat, Halle a. S.,

Weststraße 21. I. Hof rechts.

Geöffnet nur Werktagen von 9 1/2 — 1 1/2

und 4 — 8 Uhr.

Sonntags nachmittags geschlossen.

Unentgeltliche Auskunftserteilung in gewerblichen Streitigkeiten, über Ausrüstung, Anfälle, Alters- und Invaliditäts-Versicherung, über Vereins- und Verfallungsrecht, sowie über das Arbeitsverhältnis u. s. w.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Verantwortlicher Redakteur: Robert Fette in Halle.

Wähler-Versammlungen.

Montag den 15. Juni abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr

finden noch statt:

5 große öffentliche Wähler-Versammlungen

im „Bellevue“ und in den „Ballsälen“ (Glauch. Schützenhaus) in Halle,
im „Burgtheater“ in Giebichenstein, im „Roten Adler“ in Trotha und im
„Lindenhof“ in Kröllwitz.

Tagesordnung: Ein letztes Wort vor dem Kampfe.

Referenten: Reichstagsabgeordneter **Fritz Kunert**, Arbeitersekretär **Güldenbergl**,
Dr. Duncker-Leipzig, Reichstagskandidat **Wilh. Grothe** und Redakteur **Ernst Däumig**.

Zu allen Versammlungen freie Diskussion.

Parteienossen! Es gilt eine letzte Aufmunterung für den 16. Juni, kommt alle in die Versammlungen.
Die Einberufer.

Sozialdemokr. Partei, Zeitz.

Dienstag den 16. Juni von abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr an im Preussischen Hof
Grosses Wahlkonzert

von der Stadtkapelle.
Verkundung der Wahl-Resultate.
Entrée 15 Pf.

„Letzter Dreier“, Merseburgerstr.

Dienstag zur Reichstagswahl abends von 7 $\frac{1}{2}$ Uhr
Großer Viederabend des Gesangsvereins Sängerkhor.
Auch werden dajelbst die neuesten und schnellsten Wahlresultate bekannt
gegeben.

Su zahlreichem Besuch ladet ein **Wilh. Hinze**.
NB. Bei schlechtem Wetter findet dasselbe im Saale statt.

Weißes Roß.

Am Wahltag den 16. Juni abends

Resultat-Verkündung

mit Konzert.

Für schnellsten Eingang ist gejeort!
Hierzu ladet freudlichst ein **Familie Grothe**.

Wilhelmshöhe.

Dienstag abend
großes Konzert
unter Mitwirkung der Giebichensteiner Arbeiterliedertafel.
Hierzu ladet freudlichst ein **Alwin May**.

Konsumverein Hohenmölsen. E. G.

Sonntag den 28. Juni er. nachmittags 3 Uhr im Schützenhaussaale
außerordentliche General-Versammlung.

- Tagesordnung:
1. Nichtigstellung des von dem Mitglied Louis Schumann im Hohenmölser Wochenblatt gebrachten Artikels und der darin aufgestellten Behauptungen. (Mitglied Schumann ist zu dieser Versammlung noch besonders eingeladen und hat den Wahrheitsbeweis zu erbringen).
 2. Ausschließung eines Mitgliedes.
 3. Antrag Schmidt und Genossen: Bejaufassung über Errichtung einer eigenen Dampfboileret.
 4. Geschäftliches.
- Hohenmölsen, den 15. Juni 1903.
Der Aufsichtsrat des Konsumvereins Hohenmölsen. E. G. u. V. G.
Herrn Drähne, Vorsitzender.

P. P.
Meinen geehrten Kunden und Geschäftsfreunden zur gest. Nachricht,
daß ich unter **Dr. 2053** an das Fernsprechnetz angeschlossen bin.

Ferd. Beuchert, Bauglaserrei

Serberstraße 8.
Gleichzeitig wollen die Interessenten der Kristallkaffe für Wötter,
Fischer, Glaser etc., insbesondere unsere Herren Kassenzüge von
obigen bei Bedarf Gebrauch machen.

Dienstag
Schlichte 7 e ft.
August Grenzsdorfer,
Böllbergweg.

Verkaufe wegen Fortzug Sofa, Garderobenschrank, Kommode, Stetrich,
4 Stühle, 2 Bilder, Spiegel,
Farbenbergstr. 35, p., am Kopplatz.

Walhalla-Theater.

Direktion: **Richard Hubert**.
Abendstück mit follofalem
Erfolge!
„Serenissimus“
„Das Leben im Spiegel“
und das übrige Programm.

Apollo-Theater.

Direktion: **Gustav Poller**.
Am Riebedplatz, nächste Nähe des
Saup-Bahnhofes.
Heute letzter Tag des diesmaligen
brillanten Spielplanes.
„Schnepfer Volks-theaters und
Burlesken-Ensembles“.
Eine tolle Sache,
Poffe in 1 Akt.
Hierauf: **Der Goldsohn**,
ar. Bauernkomödie in 2 Akten.
Abendstück hümmische Geiterheit!
Aukerdem der ar. Spezialitätenteil.

Leipziger Hof

Merseburgerstr. 92.
Morgen Dienstag
Verkündung
der Wahlresultate.
Hierzu ladet ergebenst ein
Fr. Thielicke.

Markttaschen



Stück 20, 45, 65, 85 Pf.
Markttaschen,
extra gute Qualität,
1.10, 1.35 bis 2.50 Mt.
Markttaschen,
durch u. durch Leder, sehr solid,
3.75 Mt., 4 Mt. bis 4.50 Mt.
C. F. Ritter,
Salle a. S., Leipzigerstr. 90.
5 Proz. Rabattmarken.

Kamillen

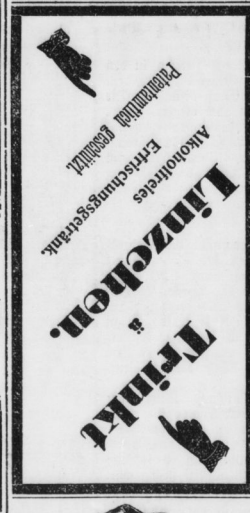
frische, kurzgepflückte
kauft zu den höchsten Preisen
Wilhelm Käthe
Salle a. S., Große Märkerstraße 7.

Rich. Ruhe aus dem Konzerthaus

hat die Bewirtschaftung der
Zurhalle auf dem Kopplatz zum Sieb- u. Krammarkt am 18. u. 19. Juni
von früh an
Österreichisches Damen-Orchester (10 Personen).

Restaur. Schwetitschestr. 24.

Am Reichstagswahltag
musikal. Unterhaltung.
Für rechtzeitige Befanngabe der
Wahlresultate
wird gesorgt.
Es ladet ergebenst ein
August Günther.



Fr. Fricke, Holzpaustoffabrik,
Salle a. S., Drehauptstr. 2.
Sager in div. Flüss., Samen, Gerb-
Zug- und Leder-Pantoffeln.
Auf Wunsch Anfertigung noch ein-
geforderten Mustern bei bill. Preisstellung.

Schachtöl

doppelt gereinigtes Rüböl
1 Liter **52** Pfg.
empfeht **August Apolt,**
Leipzigerstraße 8.
Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.
Verkaufe neue u. gebrauchte Möbel
und Holzwaren in Flüss u. Stoff
in großer Auswahl.
Antje Lettenberg, Clearusstr. 33.
Geischt 1. Etage gebürt a. Kl. Ulrichstr.
20 Fahrräder zu kaufen geudit.
Schleid, Alter Markt 34.

Ganz Halle für 20 Pf.

Ausgabe 1903.
Su beziehen durch die
Volksbuchhandlung.

Bettfedern,
beste, doppelt gereinigte Ware.
Bettzeuge,
weiß und bunt.
Bettinlets,
Bettlaken,
Bettdecken,
eis. Bettstellen,
fertige Betten,
Schlafdecken,
Steppdecken.

Bewährte Qualitäten.
Denbar billigste Preise!

Brummer
&
Benjamin,
Gr. Ulrichstr. 22-23.

Eleg. tafelt. Klavier, schöner Ton, zu
48 M. sofort zu verk. Spitze 6. Krato.
Eine Wohnung in Weidau zu
vermieten und 1. Juli od. 1. Okt. zu
besetzen. **Wolff Gröschel,** Zeitz.

Goldene Damen-Uhr mit Kette ver-
loren von Böllbergweg 144/145 Schule.
Gegen Belohnung abzugeben
Bejenersstraße 5, II rechts.

Todes-Anzeige.
Sonntag früh 1/2 Uhr verstarb nach
längerem schweren Leiden unsere innig
geliebte Tochter

Frida
im Alter von 3 $\frac{1}{2}$ Jahr.
Dieses zeigt tiefbetört mit der
Bitte um stilles Beileid an
Familie Sinze.

Danksgagung.
Dem Personal der Vertrauensden
Maschinenfabrik sage ich für die Unter-
stützung herzlichsten Dank. Dank auch
dem Sozialdemokratischen Verein für die
Beteiligung am Begräbnis meines
lieben Mannes des Restaurateurs
Gustav Winke.
Wittve Auguste Winke.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleischen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. u. M. S.) Halle a. S.

Gewählt wird am 16. Juni von vorm. 10 bis abends 7 Uhr.

Pünktlich um 7 Uhr wird der Wahlakt geschlossen.

Wer am 7 Uhr noch nicht abgestimmt hat, darf überhaupt nicht wählen, auch wenn er vorher schon im Wahllokal war. Wer es irgendwie ermöglichen kann, gehe schon vormittags zur Wahl. Abends ist erfahrungsgemäß der Andrang zum Wahllokal sehr stark. Wer deshalb sein Wahlrecht nicht durch Summelei verlieren will, gehe beizeiten zur Wahl.

Zur Wahlbewegung im Reg.-Bez. Merseburg.

Wie übt man sein Wahlrecht aus?

Der Wähler, welcher seine Stimme abgeben will, nimmt von einer durch den Wahlvorstand in der Nähe des Zuganges zu dem Nebenraum oder Nebenstich aufgestellten Person einen abgestempelten Umschlag an sich. Er begibt sich sodann in den Nebenraum oder an den Nebenstich, wo er seinen Stimmzettel unbedacht in den Umschlag steckt, tritt an den Vorstands Tisch, nennt seinen Namen laut auf Befehl der Wahlvorstände und übergibt sobald der Protokollführer den Namen in der Wählerliste aufgefunden hat, den Umschlag mit dem Stimmzettel dem Wahlvorsteher oder dessen Vertreter der ihm sofort überreicht in die Wahlurne legt.

Wähler, welche durch körperliche Gebrechen behindert sind, ihren Stimmzettel eigenhändig in den Umschlag zu legen und diesem dem Wahlvorsteher zu übergeben, dürfen sich der Beihilfe einer Vertrauensperson bedienen.

Stimmzettel, welche die Wähler nicht in dem abgestempelten Umschlag oder welche sie in einem mit einem Kennzeichen versehenen Umschlag abgeben wollen, hat der Wahlvorsteher zurückzuweisen, ebenso die Stimmzettel solcher Wähler, welche sich in dem Nebenraum oder an dem Nebenstich nicht begeben haben.

Der Wahlvorsteher hat darauf zu halten, daß die Wähler in dem Nebenraum oder an dem Nebenstich nur so lange verweilen, als unbedingt erforderlich ist, um den Stimmzettel in den Umschlag zu stecken.

Sind die Wahlurversz zuzulieben?

Auf diese Frage ist einem Fragesteller folgende ministerielle Antwort gegangen: „Da die amtlichen Wahlurversz nicht gummiert worden sind, sind sie auch nicht zum Zerkleinern geeignet. Jedem Wähler steht indessen frei, das Wahlurversz durch eine Mundoblatte, Pflasterpapier oder sonstige zu schützen, ohne daß der Stimmzettel seine Gültigkeit verliert. Es ist jedoch im Interesse einer bestmöglichen Auszählung der Stimmzettel liegend, daß die Wahlurversz nicht zerstoßen werden.“

Salle-Saalkreis.

Achtung, Genossen!

Jeder Parteigenosse, der am Wahltage agitatorisch oder als Stimmzettelveiler, als Kontrollierer oder auch in anderer Weise tätig ist, versee sich mit ausreichenden Legitimationspapieren. Als solche gelten der Militärpaß, die Invalidentarte, der Steuerzettel.

Wahlunregelmäßigkeiten und sonstige bemerkenswerte Vorkommnisse sind sofort dem Wahlkomitee des Wahlkreises zu melden.

Alle Parteigenossen, welche am Wahltage den ganzen Tag helfen wollen, müssen sich um 4 Uhr, sowie diejenigen, welche zur Ablösung nach außerhalb gehen wollen, sofort, nachdem sie ihr Wahlrecht ausgeübt haben, zur Empfangnahme des Materials im Wahlbureau einfinden.

Für Halle und den Saalkreis befindet sich das Wahlbureau

Geiststr. 5 im Weißen Hof

Wer telephonisch dem Wahlbureau etwas mitzuteilen hat, rufe an unter Nr. 1047.

Die Original-Wählerlisten von Halle liegen am Wahltage zum Zwecke notwendiger Informationen im Wahlbureau zur Einsichtnahme aus.

Die Bekanntgabe der Wahlergebnisse finden von abends 7 1/2 Uhr ab in Alt-Halle im Bellevue, in Siebichenstein in der Wilhelmshöhe und in Trotha im Roten Adler statt.

Dasselbst werden auch alle einlaufenden auswärtigen Wahlergebnisse bekannt gegeben, da wir mit zirka 80 größeren Wahlkreisen Tauschtelegramme auswechseln.

Zur Dedung der Unkosten wird ein Entree von 10 Pf. erhoben.

Das sozialdemokr. Wahlkomitee.

J. A.: Karl Reiwand.

Heute abend finden noch fünf Wähler-Versammlungen statt. (Siehe Inserat.)

Die Wahlansprüche der Sozialdemokratie im Reg.-Bez. Merseburg. In zwei Artikeln haben wir in geheimer und heutiger Nummer die Wahlergebnisse von 1898 zusammengestellt, um unsern Lesern die Möglichkeit zu bieten, die Wahlergebnisse vom 16. Juni 1903 zu vergleichen. Unsere Genossen tun gut, sich die Tabellen auszusuchen und aufzugeben, damit ihnen die Vergleichung sofort möglich ist.

Arbeiter, aufgepaßt! Wir haben im Sonntagsblatte unter „Fünf Teufel“ eine Probe der „vornehmen“ Tricks gegeben, die unsere Gegner sich auf die letzte Stunde aufgespart haben. Was auch heute und morgen auf diesem Gebiete, auf dem die Gegner unerhöplich sind, geschehen mag: Laßt Euch nicht verblüffen. Wählt unsern Genossen Fritz Kunnert. Der heimtückische Diebstahls-Schwindel vor genau zehn Jahren lehrt jedem, wessen unsere Gegner fähig sind.

Ganz aus dem Häuschen waren die Bindelkrieger, als sie am Sonnabend dem Erscheinen des Volksblattes sehen mußten, daß auch ihr neuestes Schandstückchen der Öffentlichkeit schon bekannt gegeben war, ehe sie zur Ausföhrung schreiten konnten. Am Sonnabend rückte sich noch die Kallische Zeitung, daß das Volksblatt durch die vorzeitige Bekanntgabe des Inhalts des Unparteiischen Ratgebers die Disposition des vereinigten Wahlkomitees durchaus nicht geföhrt habe. Und zum Beweise des Gegenteils enthielt das Volksblatt bereits die Karte, welche am Dienstag verbreitet werden soll. Wie haben den Herren wieder einmal die Worte vom Gesicht gehen und sie in ihrer wahren Gestalt gezeigt. Wie ein Verdachtling ins Gesicht wurde diese Veröffentlichung, und es ist berechtigt, daß die Bindelkrieger vor Wut aufschrien. Natürlich gelobten sie nicht, sich zu bessern, sondern das letzte Stöckchen noch zu überbieten. Der Verlauf des Wahltages wird ja lehren, bis zu welchem Grade der Gemeinheit und Niedertracht die Kampfesweise dieser Leute liegt.

In den Reihen unserer Parteifreunde hat die Veröffentlichung der famosen Wahlliste wie eine Bombe eingeschlagen und dieselben Geföhle der Wut, natürlich aus anderen Ursachen, erzeugt, wie bei den Bindelkrieger. Nun erst recht! kam es allgemein von den Lippen der Arbeiter, als sie das unter der Signatur: Fritz Kunnert veröffentlichte Mandat der Bindelkrieger lasen. Die Herren hätten unseren Sieg nicht besser vorbereiten können, als durch diese Wahlliste, die „unünnigkeit und Verleumdung der Sozialdemokratie das härteste Leistikopf bisher in diesem Wahlkampfe geleistet worden ist. Wie wir es anstellen sollen, um nachmittags in den Wahlzellen durch die Situation die Zeit zu verbüßen und so die bürgertlichen Wähler an der Ausübung des Wahlrechts zu hindern, das wissen nur Bindel und seine Freunde. Jedenfalls hat sie selbst derartige Erlöse erlangen und schieben sie, da sie ihre Unausführbarkeit eingesehen, nunmehr den Sozialdemokraten zu. Das ist die vornehmste Föhrung des Wahlkampfes seitens der Bindelkrieger, deren sich noch am Freitag die Herren in den Rationellen rühmten. Schmutziger kann man wohl kaum kämpfen, als durch die Herausgabe der Karte mit dem schönen Motto: Das Vaterland über die Partei.

Nun, wir haben den Herren das Konzept gründlich verborben, sie müssen schon eine andere Gemeinheit erinieren, um ihre Wähler vor uns bangen zu machen. Diese zieht nicht mehr!

Herr Bindel als Arbeiterfreund. Von Versammlungsbesuchern, welche die Versammlung des Herrn Bindel in Bönnern besucht haben, wird uns mitgeteilt, daß Herr Bindel den Arbeitern geraten hat, die Kartofelstuppe mit Talg zu schmelen. Es soll den nicht so viel Bier trinken, sondern sich einschränken, denn er (Bindel) könnte nicht einmal so frühzeitig wie die Arbeiter. Dafür hat der Herr ca. 4800-5000 M. Gehalt, während die Arbeiter sich mit einem Jahreslohn von 1000 M. und weniger in der Stadt und 6-800 M. auf dem Lande begnügen. Und Tausende haben noch nicht einmal dieses Einkommen.

Die Arbeiter in Bönnern waren über diese guten Ratsschlöge Bindels außerordentlich eröhrt und wollen ihm am Dienstag die Duntung dafür ausstellen.

Die politische Profilierung des Bindelkandidaten Bindel wird durch jedes Flugblatt, durch jede öffentliche Kundgebung seiner Anhänger erschwerter. Herr Bindel erst Wähler der Freiwüthigen Vereinigung, so gebietet er sich in dem gestern erschienenen Flugblatt sogar als freiwilligen Parteigenosse zu geben. Man muß nicht zögern, um die politische Weiterentwicklung Bindels richtig zu veranschaulichen:

... Klar ist doch aber, daß wenn nicht die Hauptwahl schon für unsere Kandidaten entschieden sollte, jeder national gesinnte Freiwüthige, der zunächst Herrn Schmidt gewählt hat, gern seine Stimme bei einer Stichwahl für Herrn Bindel abgeben wird, der ja selbst freiwüthig ist.

Es ist gut, daß der Wahlkampf zu Ende geht, sonst würden wir Herrn Bindel noch als Parteigenossen anerkennen müssen.

Der berüchtigte Kurpfuscher, so nannte Freitagabend in der Versammlung der Ordnungsparteien, Herr Dr. Witt-hauer ein Unterzeichner eines vom Naturheilverein verbreiteten Flugblattes, in dem der Naturheilmethode das Wort geredet wird, resp. dem Kandidaten, der sich um Stimmen bewirbt, einige Fragen vorgelegt werden. Durch diesen Versuch bewies der genannte Herr einmal, daß er über seine engsten Verfassungsverhältnisse nicht hinausgehen kann und daß er sich zu allen anderen eger eignet, als zu einem Versammlungsleiter. Man kann ja im übrigen über die Naturheilmethode denken wie man will, daß eine aber darf man nicht vergessen, daß viele ihrer Vorschriften schon heute von den freizügigen Medizinern angewendet werden und daß es zum mindesten eine sehr deplizierte Redensart ist, mit solcher Gehäuftheit eine Bewegung bekämpfer zu wollen, die ihre Anhänger in allen Bevölkerungsschichten hat und deren Ausbreitung noch gar nicht zu übersehen ist.

Wählerversammlungen.

Genosse Fritz Kunnert sprach am Sonnabend abend im Freien Dreier über das Thema: „Wodurch werden wir liegen. Der Saal des Votals war so stark überfüllt, daß kein Mensch mehr hineinzing. Zahlreich waren die Genossen aus Umendorf erschienen. Diejenigen, welche im Saale keinen Platz fanden, setzten an den Saalfentern im Garten dem Vortrage Genosse Kunnert jedoch über die Militärtribunalprozess-Drumung, die Geschichte des Justizministeriums, die Herr- und Pflanzensachen und die Kolonialpolitik des Reiches. Er gestellte scharf die Schuldenwirtschaft und die Vermögensfreiheit des Reiches. Genosse Kunnert ging weiter auf die Kamme um den Zolltarif und auf die Folgen desselben ein. Darauf ging der Redner zu einer Kritik der gegnerischen Parteien und ihrer Führer über. Nachdem er dann die Aufgaben des kommenden Reichstages und die Politik der Sozialdemokratie geschildert hatte, schloß er mit der Aufforderung an die Anwesenden, am Wahltage der guten Sache des Volkes zum Siege zu verhalten.

Nach dem mit Beifall aufgenommenen Vortrage sprachen in der Diskussion noch die Genossen Soppo, Schürze und Dertel im Sinne des Genossen Kunnert. Gegenüber meinten sich nicht zum Worte. Nach einer Aufforderung des Genossen Kreisemann, sich rege an der Wahlarbeit zu beteiligen, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen.

Wöllberg-Wöllnitz. Am Sonnabend Abend fand in Heinrichs Restaurant eine von ca. 100 Personen besuchte öffentliche Wählerversammlung statt, in welcher Gen. Gildenberg-Halle das Referat übernommen hatte. Redner unterzog zunächst den von Herrn Dr. Wittkauer der sozialdemokratischen Parteileitung angehängten und ersichteten „Wahlplan“, den das Volksblatt in der Sonntag-Nummer zum Abdruck gebracht, einer scharfen Kritik. Unter gespannter Aufmerksamkeit der Anwesenden präparierte der Referent dann in ausführlicher und leicht verständlicher Weise an dem noch letzten Freitagabend abgeordneten Gesetzesvorlagen, namentlich auf sozialpolitischen Gebiete, die Stellung der Sozialdemokratie diesen Gesetzen gegenüber und führte die sogenannte Arbeiter„freundlichkeit“ der Gegner auf ihren wahren Wert zurück. Selbst bei Erlaß von Bundesratsverordnungen wäre die Regierung mitunter arbeiterfreundlicher gewesen als wie die Parteien der Kandidatur Bindel, ebenso wie die freiwüthige Volkspartei. Bei Erlaß der Bäderverordnung habe Graf v. Posaadomsky erklärt: Daß die Gesundheit des Arbeiters, die Gesundheit des Publikums nicht in Frage kommen könne gegenüber der durch die Vorlage herbeigeföhrten Entwertung des Eigentums der Inhaber von Bädereien. Abg. Eugen Richter's freiwüthige Arbeiterfreundlichkeit hätte aber darin bestanden, daß er betont habe, durch diese Verordnung sei ein Gefühl der Neidsüchtheit in viele Bäderkreise getragen worden. Der alte Abg. Richter habe sich im Jahre 1897 in Reichstag ausdressed als bereits für eine schriftwüthige Aufhebung des ganzen Invaliden-Versicherungsgesetzes ausgesprochen und dabei hätten sowohl freiwüthige wie die anderen Parteien den Vut, uns fortwährend als Gegner der Sozialgeetze hinquitteln. Diese Parteien erwählten aber nicht, daß sie alle wüthigen Verbesserungsvorschläge der Sozialdemokraten bei Beratung dieser Gesetze niedergelegt hätten. An mehreren drastischen Beispielen aus seiner Praxis als Arbeitersekretär zeigte Referent den Anwesenden die Mangelhaftigkeit und Unzulänglichkeit dieser Gesetze. Im Vergleich mit den geringen Renten brachte er jedoch die hohen Militärpensionen für zur Disposition gestellte Offiziere im besten Mannealters, und damit wieder die minimale Veteranenpension von jährlich 120 Mark, die die Sozialdemokratie auf 300 Mark zu erhöhen beantragt hätten, vergleichend, die aber auch erst wieder bei vollständiger Altersunfähigkeit und vollständiger Invalidität ausbezahlt werde. Dem Herrn Dr. Bindel empfahl Gildenberg auf dessen Hinweis in seinem Ratgeber, daß die Sozialdemokraten fortwährend Streiks und Boykotts anzetteln, er möge sich dieserhalb im eigenen Lager einmal umsehen. Militärhöfchens, überhaupt das Boykottieren von Wirten, die die Güte der Sozialdemokratie zur Verfügung stellen, fänden auf der Tagesordnung, ebenso das Boykottieren von kleinen Geschäftleuten, die bei der Stadtverordnetenwahl sozialdemokratisch gewählt hätten. Ferner verwehre man den Beamten schon, sich genossenschaftlich zu organisieren. Dann würden auch viele Ausperrungen mit Streiks verglichen. Selbst freiwüthige Fabrikanten, z. B. in Jserlohn, hätten vor großen Ausperrungen nicht zurückgeschreckt, und zwar um den Arbeitern das Koalitionsrecht zu rauben. Aber auch in der Druckerei der Halleischen Zeitung, wo alle Drucklagen der Bindel-Parteien, sowie die zur Verminderung der Sozialdemokratie herausgegebenen Provinzial-Blätter her-

gestellt werden, hätte sich der Besitzer geweigert, die Tarifgemeinschaft der Buchdruckergewerkschaft anzuerkennen. Gerade den Buchdruckern wäre es gelungen, mit den Unternehmern im Wege der Tarifgemeinschaft die Lohn- und Arbeitsbedingungen auf 5 Jahre hinaus festzusetzen. Und eine solche friedliche Vereinbarung, die anstatt die Streiks heraufzubekommen, dieselben beseitigt, eine solche friedliche, gemeinsame Arbeit werde von dem Besitzer der Halleischen Zeitung nicht ignoriert und Verbandsmitgliedern ist der einflussreichste „Kampfmittel“ verschlossen. Unter heftigstem Beifall schloß Genosse Widener im Anschluß hieran mit der Unterstützung der Indifferenten aufzurufen und auf Botschaft Mann für Mann dem wirklichen Arbeiterfreund, Genossen Fritz Kunert die Stimme zu geben.

Der große Gerichtstag des Volkes.

Am Sonntag nachmittag waren die Räume des Bellevue wiederum dicht gefüllt. Dort sprach Genosse Redtschmann seine über das obensichere Thema. Aus seinem zweifelhafte, überaus klaren und geistreichen Vortrag sei folgendes wiedergegeben:

Am 16. Juni hat das deutsche Volk zu Gericht zu sitzen über die Regierung und über die dem Reichstage angehörenden Parteien. Es hat ein Urteil zu fällen über die heillose Schuldenwirtschaft, die in den letzten Jahrzehnten dem deutschen Volke eine Schuldenlast von annähernd 3 Milliarden aufgebürdet hat. Die Wichtigkeit der Schuldenfrage ist immer schwerer geworden, da die Einzelstaaten des Reiches in schwerer finanzieller Bedrängnis sich befinden. Und dabei stehen heute hohe Ausgaben in Aussicht, vor allem zu Militärzwecken. Infanterie und Kavallerie sollen vermehrt, die Artillerie soll mit neuem Material versehen werden; auch für Schaffung neuer Schlachtschiffe werden Millionen gefordert. Die erhöhten Neuausgaben haben daher neue Steuern zur Folge.

Zunächst kommt hierbei die **Tabaksteuer** in Frage, durch welche besonders dem arbeitenden Volke ein unentbehrliches Genussmittel entzogen wird. Gleichgültig würde aber auch durch eine solche Steuer die deutsche Tabakindustrie, die Hunderttausende von Arbeitern beschäftigt, in Anspruch genommen. Weiterhin geht man eine **Wassersteuer** einzuführen. Dadurch wird nur einem vermehrten Schmutzwasser-Verbrauch geleast werden. Die Schmutzwasser-Untergräbt aber die Gesundheit und die Wirtschaftlichkeit des Volkes. Die frommen und staats-erhaltenden Leute, die für eine Biersteuer eintreten, wollen also das deutsche Volk bhäufig und moralisch verderben.

Die größte Ungerechtigkeitsart wird aber durch die gleichfalls in Aussicht genommene **Wehrsteuer** begangen. Durch dieselbe werden alle diejenigen armen Menschen, die infolge natürlicher Gebrechen oder wegen mangelhafter Ernährung und Pflege in der Jugend zum Militärdienst untauglich sind, mit einer unverdienten Strafe belegt, zumal es ihnen gerade wegen ihrer körperlichen Schwäche schwerer wird, ihr Brod zu verdienen, als ihren geunden und kräftigen Altersgenossen. Vor allem wird die blutarme Weiberbevölkerung und die Leute der Spielwaren-Industrie Thüringens unter einer solchen Steuer schwer zu leiden haben.

Das deutsche Volk hat aber auch ein Urteil abzugeben über die Wirtschaftspolitik des Reiches, vor allem über die unheilvolle **Pollopolitik**.

Der neue von letzten Reichstage angenommene Zolltarif wird seine verwerlichen Früchte tragen: Die Ernährung des Volkes wird immer schlechter werden, die Sterblichkeit, besonders die der Kinder, wird zunehmen und die großen, verheerenden Volkskatastrophen werden immer mehr Opfer fordern. Eine Abnahme der Beschäftigung wird eine weitere Folge sein. Aber auch eine Zunahme der Verbrechen gegen das Eigentum wird zu verzeichnen sein, denn hohe Brotpreise und Kleinmütigkeit stehen im engsten wirtschaftlichen Zusammenhang. Je schwerer fermer dem Volke seine Lebenshaltung wird, desto schwerer wird seine Kaufkraft, jedoch der Mittelsstand (Landwerker, Kaufleute usw.) großen Schaden vom Zolltarif haben wird.

Durch die unheilvolle Pollopolitik wird die gesamte Industrie schwer gefährdet und die Abwicklung von Handelsverträgen mit dem Auslande erschwert. Die Politik ist einzig und allein zurückzuführen auf die tiefeingewurzelte Feindschaft der Agrarier gegen jede Industrie. Und dabei sind nie die verhältnismäßig wenigen Großgrundbesitzer, die aus einer solchen Pollopolitik Nutzen ziehen.

Die Sozialdemokratie hat mit dem Aufgeben aller Kräfte gegen eine solche Politik gekämpft, sie ist eingetreten für die Interessen der Arbeiter, der Beamten, des Mittelstandes, der Industrie, ja für die Interessen der ländlichen Arbeiter und Landwirte.

In diesem Kampf haben sich die bürgerlichen Parteien in ihrem Haße gegen die Sozialdemokratie zusammengesunden. Es sind dies erstens die Parteien, die von vornherein feindselig gegen Fortschrittliche sind, zweitens diejenigen, die nur für die egoistischen Interessen des Geldhades eintreten und zuletzt solche, die von Ehrerfucht gegen die jugendkräftige sozialdemokratische Partei befehle sind.

Der Kampf um den Zolltarif war nichts weiter als eine brutale **Vergewaltigung der Minderheit durch die Mehrheitsparteien**. Die von der Sozialdemokratie und der freisinnigen Vereinigung eingeschlagene Taktik war gegenüber dem provokatourischen Auftreten der Mehrheitsparteien die einzig richtige. Den Folgegegnen ist die Ostruzion ausgeworfen worden. Die freisinnige Volkspartei äußerte Nichts als in diesem Kampf eine sehr zweideutige Rolle gespielt, sie hat unter vollem Beifall der Brotmehrparteien operiert. Die Ursache für ihr Vorgehen war einmal der Neid, dann aber eine Eitichwahl-Taktik, um bei den kommenden Wahlen des freisinnigen Mandats durch Unterstützung der reaktionären Parteien sicher zu sein.

Bei der jetzigen Wahlen ist es Aufgabe des deutschen Volkes, eine antagrarische Mehrheit zu sorgen, damit Handelsverträge ausbaur können können.

Das deutsche Volk hat am 16. Juni auch ein Urteil zu fällen über die **innere Politik des Reiches**. Die reaktionären Parteien führen teils offen, teils verdeckt einen Feldzug gegen das Grundrecht des Volkes, gegen das **allgemeine Wahlrecht**. Sie und die Regierung stemmen sich gegen eine gerechte Einteilung der Wahlkreise. Der Reichstag ist zur Zeit der einzige Ort in Deutschland, wo frei geäußert werden kann, sonst herrscht in Deutschland überall das Maulkorbssystem. Die Fürsten können ihre Meinungen frei und rückhaltlos äußern. Aber ihre Worte finden keine Antwort, da der Majestätsbeleidigungsparagrah jede freie Äußerung unmöglich macht. Die Sozialdemokratie tritt daher für Beteiligung dieses Paragrahen ein. Aber auch durch die sonstige Reichsbesetzung wird politische Betätigung eingengt, vor allem wird das Wahlrecht der Arbeiter hart bekräftigt. Die Sehnsucht nach dem **Zustausgesetz** ist bei den Reaktionen noch immer vorhanden.

Auch über den **Militarismus** hat das Volk zu Gericht zu sitzen. Es darf nicht mehr eine Spaltung durch das Volk hindurchgehen, auf der einen Seite das bewaffnete, auf der anderen

Seite das unbewaffnete Volk. Die militaristische Auffassung vom obersten Kriegesprinzip muß ein Ende nehmen. Die Sozialdemokratie will das Vaterland nicht verloris machen, sie bekämpft aber die militaristische Kriegesrichtigkeit und das bramarbasierende Sabelrücken; sie will ein zweites Jena. Sie bekämpft aber auch den Krieg an sich. Sie erkennt sehr wohl die Gefahren der heute noch in Millionen vorhandenen Kurraffirmierung, in der eine ernsthafte politische Gefahr liegt.

In Halle haben die Wähler ein Urteil zu fällen über die Politik der bürgerlichen Parteien, zunächst über die großen Ziele des Herrn **Bindseil**. Charakteristisch ist schon die Zusammenlegung des **Vorrechtswahlkreises** der hinter Herrn Bindseil steht. Da figurieren Parteien, deren Namen man noch nie im politischen Leben gehört hat. Es ist dies ein Wankenstein, das die Antikritik treiben, um die Wunden in das Lager der Ordnungshelden zu locken. Herr Bindseil wird auch von den Agrariern unterstützt. Er beweist damit, daß er ein **Freund der Brotvermehrung und Wahrfreihandlung** ist. Er tritt ein für politische Rechtschaffenheit des Volkes. Herr Bindseil bekämpft aber auch die Sozialdemokratie und nimmt es dabei mit der Wahrheit nicht sehr genau. U. a. behauptet er, die Sozialdemokratie leiste keine positive Arbeit. Dabei beweise die Loyalität der sozialdemokratischen Fraktion z. B. bei der Ausarbeitung des Unfallversicherungs-, des Gewerbegerichts- und Krankenversicherungsgesetzes, welche Hülle von Arbeit von der Sozialdemokratie geleistet werde. Die Sozialdemokratie vertritt allen Verleumdungen zum Trotz die Interessen der Arbeiter und, abgesehen von wirtschaftlichen Klassen-Interessen, auch die Interessen des ganzen Volkes. Sie kämpft für die Nahrung des Volkes, sie kämpft für seine politischen Rechte, sie vertritt die Ideen des ganzen Volkes gegen die Volkseinde.

Die Sozialdemokratie ist aber auch eine nationale Partei. Sie regelt sich nach nicht in nationalen Monarchisten, sie strebt aber danach, daß alle Glieder des Volkes frei und gesund an Körper und Geist seien. Die Wähler der Sozialdemokratie sind für die nationale Idee eingetreten, als Fürsten und Reaktionen sich mit aller Kraft einer Einigung Deutschlands entgegenstellten.

Auch für den Kandidaten der Freisinnigen, Herrn **Schmidt** kann das Volk sein günstiges Urteil haben. Die Art ihres Kampfes bei den Zolltarifverhandlungen, die Tatsache, daß sie beim Wahlkampf die Mächte der agrarischen Reaktion als das kleine Uebel betrachteten und ihre ganze Kraft auf die Bekämpfung der Sozialdemokratie verwendeten, ist nicht geeignet, sie dem Volke zu empfehlen. Die zahlreichen Wahlkreistelle mit den reaktionären Parteien im Reiche beweisen, wie wenig zuverlässig der Freisinn im Kampfe gegen die Reaktion ist.

Ein scharfes, ein gerechtes Urteil hat das Volk am 16. Juni zu fällen. Zur es das, dann muß seine Wahl auf den sozialdemokratischen Kandidaten **Fritz Kunert** fallen.

Noch ist viel Arbeit nötig. Es muß gearbeitet werden, daß seine Stichwahl nötig ist. Auch die Frauen müssen in ihren Kreisen nach Kräften an dieser Arbeit teilnehmen. Dann wird am 16. Juni der Sieg der Sozialdemokratie sicher sein.

Die Verammlungen werden dem Vortragenden Reichstagsmitglied Genosse Witten nicht zum Wort und auch seitens der Genossen wurde von einer Diskussion abgesehen, um die Wirkung des gehaltenen Vortrages nicht abzumindern. Der Vorsitzende der Verammlung, Genosse Weinand, richtete an die Anwesenden noch einmal die Aufforderung, sich eifrig an der Wahlarbeit zu beteiligen. Mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie wurde die Verammlung geschlossen.

Börsen. Eine gut besuchte Börseverammlung tagte hier gestern nachmittag. Genosse Grothe-Palle referierte über das Thema: **Warum braucht der Sozialismus eine sozialdemokratische Vertretung?** Die interessanten aber höchstfindigen Ausführungen wurden am Schluß lebhaft applaudiert.

Eigentlich sollte die Verammlung bei günstiger Bitterung in dem sehr schönen Garten uneres Lokals stattfinden, da es doch der Gesundheit zuträglich ist und bei etwaigem Andrang der Garten auch bedeutend mehr Personen fassen kann als der Saal. So wenigstens sagte sich Herr Peuder, der Wert vom Schwan. Doch Herr Peuder denkt und der Bürgermeister leut. Dem die Anmeldung bejorgenden Genossen erklärte er, daß er zu einer Verammlung im Garten die Genehmigung nicht erteilen könne, denn da könnte von außen her über die Mauer gesteuert werden; vor sollten doch die Verammlung im Saale abhalten. Nun besagt der § 9 des preuß. Vereins- u. Verammlungsrechts, daß die Genehmigung zu einer Verammlung unter freiem Himmel nur verweigert werden kann, wenn aus Abhaltung der Verammlung Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung zu befürchten ist. Trotz angelegentlich nachdenkens konnten wir aber keinen Grund ausfindig machen, der zu einer solchen Verammlung Anlaß geben konnte. Denn der vom Bürgermeister angeführte § 9 ist vollständig unverständlich. Wie die Gartenmauer als Turmquert benützt wird, der kann es vielleicht noch eher, wenn die Verammlung im Saale stattfindet, da ja doch die Gesehwächster mit der Ueberwachung der Verammlung zu tun haben.

Der Zweck der Verammlung ist nun doch erreicht! Die Besucher hatten es ja so auch bequemer, sie konnten den schönen Eingang von der Straße benutzen und brauchten nicht über die Mauer zu klettern, um den Worten des Genossen Grothe lauschen zu können.

Dr. Bindseil als Richter.

Ein Parteigenosse schreibt uns: Es scheint angebracht, das „milde Weien“ des Herrn Dr. Bindseil als Richter, das er sich selbst andichtete, noch näher kennen zu lernen. Vor dem Schöffengericht hier, hatte ich im Jahre 1895 bei einer Sitzung, in welcher Dr. Bindseil als Vorsitzender fungierte, ein junges Mädchen von 15 Jahren zu verantworten. Das Kind war ausnahmssweise schlecht entwickelt, fast kahlköpfig, und machte einen bemitleidenswerten Eindruck, als es auf der Anklagebank Platz nehmen mußte. Die Verhandlung wurde angeleitet, ihrer Vehrherin mehrere Male kleine Geldstrafen, Bänder und sonstige Kleinigkeiten entwendet zu haben. Durch die Vernehmung wurde der Sachverhalt auch in dieser Weise festgelegt. Das Mädchen wurde überführt, des Stieren aus dem Pult ihrer Vehrherin kleine Geldstrafen sich angeeignet und noch sonstige Sachen mit nach Hause genommen zu haben. Als Zuhörer hatte ich den Eindruck, daß der Gerichtshof für die Verurteilung des Kindes auf einen erulischen Verweis erkennen würde. Doch wie sollte ich enttäuscht werden! Als der Gerichtshof aus dem Beratungsraum zurückkehrte, verkündete Dr. Bindseil mit gelassener Stimme das Urteil: **Ein Jahr Gefängnis!** Herr Dr. Bindseil bemerkte noch dabei: Es ist ein alter kriminalistischer Grundsat, daß die erste Strafe härter sein muß. — Man sieht hieraus, wie Dr. Bindseil selbst einen halben Rinde gegenüber seine warmherzige Fürsorge zu betätigen weiß. Ein anderer Fall, der sich wiederum unter dem Vorsitz des Dr. Bindseil vor dem höchsten Schöffengericht in derselben Zeit abspielte, zeigt, daß Dr. Bindseil in der Tat auch milde zu urteilen versteht: Ein Zuhörer war angefallen, seine Geliebte misshandelt zu

haben. Bei seiner Festnahme leistete er mit einigen seiner Kollegen den Kriminalbeamten Widerstand. Sogar des Revolvers des einen Beamten wollten sich die Zuhälter bemächtigen. Der eine Zuhälter hatte sich vor dem Schöffengericht zu verantworten. In seiner Verteidigung machte er mit vielen Pathos geltend, daß er lange Jahre Soldat gewesen, seinem Könige treu geblieben habe, daß er durch und durch patriotisch sei, und unter Bezugnahme auf den Herrgott und seine Heiligen beteuerte er lebhaft seine Unschuld. Diese Argumentation machte erulischen Eindruck auf den Herrn Vorsitzenden. Dr. Bindseil hielt dem Angeklagten noch vor, daß er bei seinem vielen Wortsitzen noch wissen müsse, daß die Polizei gegenüber Beratigen arbeitsscheuen Verurten noch Schläge des Angeklagten mit ganz besonderer Schärfe vorgehe. Das Urteil lautete in diesem Falle auf einige Monate Gefängnis, wenn ich nicht irre, auf drei Monate, und auf Stadtweweis.

Dr. Bindseil und der „feiste Bettelmönch“. Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß Herr Bindseil als Jurist ganz durch die Vergroberungsbrille scheute. Dieses erugnete sich auch in dem schon erwähnten Prozeß gegen den Genossen Schmedenburger. Letzterer sollte gelegentlich einer Bettelweise in der Leipzigstraße zwei Polystimmen, die einen alten Mann, der geteilt hatte, bei der Streter nicht ordnungsgemäß behandelt hatten, beleidigt haben. Herr Bindseil als Amtsgerichtschiff sprach bevor die Vernehmung begann von einem „alten, feisten Bettelmönch“, der arbeiten könne u. s. w. In dem gedachten feisten Bettelmönch erdient aber nachher ein alter, abgezehrt trummer Mann, der kaum allein laufen konnte. Genosse Schmedenburger wurde damals wegen Beleidigung der Polystimmen zu 6 **Monat Gefängnis** verurteilt und sofort verhaftet. Die Strafkammer kassierte das Urteil des Mannes mit dem warmen Herzen für die Arbeiter und erwiderte die Strafe auf 2 **Wochen Gefängnis** und rechnete davon noch 10 Tage auf die unzulänglich eruläre Untersuchungsart als verbitzt an. — Daraus mag so ungefähr hervorgehen, wie lieb dem Herrn Dr. Bindseil häufig unsere Redakteure getan haben.

Appell an alle Geschäftsleute! Eingefandt.

Jedem noch Schwankenden, der bis jetzt sich noch nicht entschlossen hat, ob er sich hüben oder drüben setzen will, jedem Fleischer, Wurstfabrikanten, Reber- und Darmhändler, Buttenhändler, Figgarenhändler, Restaurateur und alle anderen Geschäftsleute, die ein Interesse daran haben, daß ihre Konsumfähigkeit, lauffähigkeit bleiben, die schwer leiden unter dem ungeheuren Druck, den die Bestimmungen über Fleisch- und Lebensmittelfürsorge auf uns ausüben, welche durch die reaktionären Parteien geschaffen sind, geben wir folgendes zu bedenken: Ruiniert werden wir, wenn wir derartige Bestimmungen, die das deutsche Volk über alle Lagen belastet, nicht wieder durch einen neuen Reichstag umgeworfen werden.

Bege uns Geschäftsleute, wehe den Konsumenten, wenn der kommende Reichstag wieder so liberal-agrarisch zusammengesetzt wird durch die Wähler, welche um kleinlicher Vorurteile willen und durch solche Redensarten sich selbst betrügen lassen.

Nicht Euch nicht nach ihren Worten, sondern nach ihren Taten. Denn wenn diese, das Fleisch verteuerten Bestimmungen, wie bereits verlautet, noch vergrößert werden, und wenn dann zum Ueberflus das Bier und der Tabak verteuert werden muß — nach einem bereits ausgearbeiteten Entwurf eines Reichsfinanzgesetzes, welches vom Reichsschatzamt den bundesstaatlichen Finanzministern auf einer Konferenz vorgelegt werden soll — dann haben die Geschäftsleute grenzenlosen Schaden. Und wenn dann abendern die verheerenden Wirkungen des Brotmehrerariffs sich einstellen werden, deren entsetzliche Folgen die Verelendung des deutschen Volkes sein wird.

Darum überlege jeder Wähler, ehe er an die Urne tritt. Wollen wir uns unter die Parteien der allgemeinen Ordnungspartei, des Bundes der Landwirte, der konservativen Partei der national-liberalen Partei, dem allgemeinen Miß- und Miß- des Herrn Bindseil beugen oder wollen wir ihnen auf ihrem Aufzuge auf die Tische des unermüdeten und konsumfähigen Volkes ein energisches Halt entgegenzubringen, dadurch, daß wir am 16. Juni einen Mann die Stimme geben, bei welchem wir sicher sind, daß er nicht die, unsere Erziehung im höchsten Grade gefährdenden Bestimmungen noch vergrößern hilft, sondern mit allen geistlichen Mitteln dieselben wieder zu bejähigen suchen wird, da sie der Gefährlichkeit des deutschen Volkes höchst schädlich sind. Es ist daher ganz richtig, wie die Kolonialzeitung schreibt: „Schonweise müßten die Sozialdemokraten ins Parlament geschickt werden, damit auf die Regierung ein Druck ausgeübt werden kann.“

Es wähle daher jeder am 16. Juni nur den Sozialdemokraten Schriftsteller **Fritz Kunert**. Nun wir das nicht und wir bekommen wieder ein Reaktionsparlament, so können wir sicher sein, daß es auch mit unserm heiligsten Rechte, dem allgemeinen gleichen und geheimen Wahlrechte für immer vorbei sein wird. Dann brauchen wir uns aber auch nicht zu wundern, wenn unsere Kinder, die jetzt noch nicht wahlberechtigt sind, deren Interessen wir aber zu vertreten haben, für die wir wählen müssen, so lange sie es selbst noch nicht dürfen, wenn diese später an uns herantraten und uns die verurteilenden Worte in die Ohren gellen werden: Vater, Du bist mit Schuld an unserm Unglück, Du hast nicht unsere Interessen vertreten, sondern die gewöhnlich, deren Wille es von jeher gewesen ist, die kleinen Leute für sich wie eine Zitrone auszuspressen, für den Kapitalismus, für die Drohnen und Schmaroger.“ Dann, ja dann, wenn es zu spät ist, werden wir die Bestimmung wieder erlangen.

Nach ist Zeit, hebt Euch die Taten im Reichstag an, welche die Mehrheitsparteien auf der Rechten bis jetzt schon getan. So darf es nicht weiter gehen. Drum müssen wir einen Sozialdemokraten, den Schriftsteller **Fritz Kunert** wählen.

Weitere Geschäftsleute.

Seiz-Weisensels-Numburg.

Für die am 16. Juni d. J. stattfindende Wahl eines Reichstags-Abgeordneten ist die Stadt Weisensels in folgenden zehn Wahlbezirken geteilt worden:

1. **Wahlbezirk:** Kohlestraße 1 bis 65 und 2 bis 44, Leisziger Chaussee 1 bis 33 und 2 bis 14, Leiszigerstraße 33 bis 99 und 33 bis 108, Am Schimmelhof 1. Wahllokal: Restauration Lade, Kohlestraße 1.
2. **Wahlbezirk:** Brauhausgasse 1 bis 4, Fischgasse 1 bis 31 und 2 bis 22, Ringenplan 1 bis 5 und 2 bis 10, Leiszigerstraße 1 bis 31 und 2 bis 36, Markt 1 bis 23, Am Markt 1 bis 8, Bromenade 1 bis 39 und 2 bis 39.

